Alles, was Recht ist

Zu lang getragen

Dass sich ein Patient zunächst an seinen Zahnersatz gewöhnen muss, ist einleuchtend. Wenn nach einer gewissen Eingewöhnungszeit noch Probleme auftreten, dann muss der Zahnarzt zunächst einmal die Möglichkeit haben, die neuen Dritten nachzubessern. Erst wenn sich herausstellt, dass vollkommener Murks entstanden ist, muss neuer Zahnersatz angefertigt werden? Das Oberlandesgericht (OLG) Köln hatte nun allerdings mit einem Fall zu tun, in dem eine Patientin ihren Implantat-getragenen Zahnersatz schon vier Jahre hatte und diesen nun als unbrauchbar einschätzte. Sie forderte die entstandenen Kosten zurück. Das OLG verwies darauf, dass die Patientin den Zahnersatz deutlich zu lange getragen habe, um den Zahnarzt wegen eines Behandlungsfehlers und der damit verbundenen Unbrauchbarkeit des Zahnersatzes in die Pflicht zu nehmen.

Dies spreche gegen eine weite Ausgestaltung des Rückforderungsrechts und dafür, eine längere tatsächliche Nutzung der prothetischen Versorgung als beachtliches Interesse an der Leistung anzusehen.

Az. 5 U 168/15

sas

Nicht lange gefackelt

Hat der Zahnersatz Mängel, muss der Zahnarzt die Gelegenheit zur Nachbesserung haben (siehe oben). Sind die Mängel allerdings erheblich – und dies nachweislich –, dann muss der Zahnarzt dem Patienten eine Neuanfertigung anbieten, ansonsten kann der Patient den Behandlungsvertrag fristlos kündigen, Schmerzensgeld verlangen und schuldet nicht die Übernahme der Behandlungskosten. Zu diesem Schluss kam das Oberlandesgericht Hamm – und entschied damit anders als die erste Instanz. Im zugrunde liegenden Fall hatte ein Zahnarzt seinem 72-jährigen Patienten mehrere Brücken eingegliedert und dafür Behandlungskosten in Höhe von mehr als 8.600 Euro geltend gemacht. Der Patient beglich die Rechnung nicht, weil er auch nach der angebotenen Nachbesserung erhebliche Mängel an seinem Zahnersatz feststellte. Der Zahnarzt lehnte eine weitere Nachbesserung ohne Honorar ab, der Patient wollte sich daraufhin nicht mehr von diesem Zahnarzt behandeln lassen: Der Fall landete vor Gericht. Der Zahnarzt verklagte den Patienten wegen der nicht geleisteten Zahlung, der Patient verklagte wiederum den Zahnarzt auf Schadenersatz und Schmerzensgeld. Ein zahnmedizinischer Sachverständiger wurde eingeschaltet und erkannte einen Behandlungsfehler: Die prothetische Versorgung sei nutzlos und mit zahlreichen Mängeln behaftet. Der Patient bekam Recht, denn der Zahnarzt hätte ihm eine Neuanfertigung anbieten müssen, habe dies aber unterlassen. Für die gesundheitlichen Beeinträchtigungen erkannte das Gericht dem Patienten zudem 2.500 Euro Schmerzensgeld zu.

Az. 26 U 21/13

sas

Hier steht eine Anzeige.